



**familien selbsthilfe
psychiatrie**

**Bundesverband der Angehörigen
psychisch erkrankter Menschen e.V.**

Stellungnahme des Bundesverbandes der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen (BApK) zur RTL-Sendung des "Team Wallraff - Undercover in Psychiatrien und Jugendhilfe" vom 18. März 2019

Der Bundesverband der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen ist entsetzt über die im o. g. Beitrag gezeigten Bedingungen in den Kliniken Frankfurt (Psychiatrie im Klinikum Frankfurt Höchst), Stuttgart (Furtbach-Krankenhaus), Berlin (Vivantes Klinikum Spandau) und in der Eifel (Case Projekt, Jugendhilfeeinrichtung in Wanderath).

Der Beitrag bestätigt die Berichte zahlreicher Angehöriger. Trotz unbestreitbarer Verbesserungen in vielen Bereichen werden sie immer wieder mit Fällen grober Vernachlässigung, zwangsweiser Verabreichung von Medikamenten und der rechtlich zweifelhaften Methode der Fixierung von Patienten über einen längeren Zeitraum konfrontiert. Anstatt Zuwendung und therapeutische Hilfe zu erhalten, werden verzweifelte und oftmals traumatisierte Patienten menschenunwürdigen Situationen ausgesetzt und misshandelt.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Was sich hinter verschlossenen Türen abspielt, verletzt den ersten Artikel des Grundgesetzes. Überbelegung, veraltete Gebäude und überfordertes Personal produzieren menschenverachtende Zustände. Schuld daran sind nicht allein mangelnde finanzielle Ressourcen. Woran es fehlt sind Programme, mit denen sich geschlossene Abteilungen vermeiden lassen. Nur eine therapeutische Haltung, die sich konsequent um die Vermeidung von Zwang bemüht, die Angehörige einbezieht und die Patienten ernst nimmt, wird langfristig Schutz gegen Willkür und Machtmissbrauch bieten.

Der BApK fordert:

- eine rasche und lückenlose Bestandsaufnahme der Situation in psychiatrischen Kliniken
- die zeitnahe Einleitung von Gegenmaßnahmen. Dazu zählen in erster Linie eine verbesserte Ausstattung der Kliniken und die Sicherstellung einer ausreichenden Personaldecke auf allen Ebenen
- regelmäßige, strenge Kontrollen von Seiten der Aufsichtsbehörden
- konkrete Entscheidungen der politisch Verantwortlichen

Psychisch erkrankte Menschen sind in besonderem Maße schutzbedürftig. Ihre persönliche Lage lässt es häufig nicht zu, sich für ihre Rechte selber einzusetzen. Es liegt in der Verantwortung der Politik und der von ihr eingesetzten Behörden, ihrer Fürsorgepflicht nachzukommen und die persönlichen Rechte der Betroffenen zu schützen.

Gudrun Schliebener
Vorsitzende